



Nummer 29

5. März 2022

Erklärung des Vorstandes des Revolutionären Freundschaftsbundes e. V.

Liebe Thälmannfreunde,

mit großer Besorgnis müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass nunmehr nicht nur zwischen dem ukrainischen Staat und den Republiken Donezk und Luhansk, sondern auch zwischen Russland und der Ukraine Krieg herrscht. Es ist ein Krieg zwischen kapitalistischen Staaten, der im Sinne der dort Herrschenden auf dem Rücken der einfachen friedliebenden Menschen geführt wird. Beiderseits herrscht das Kapitalverhältnis. Treibende Protagonisten sind Oligarchen, Konzerne, Spekulanten. Es ist beiderseits die Klasse der Kapitalisten, die sich stets an Kriegen skrupellos bereichert, nach neuen Einflussphären, nach billigen Rohstoffen und Arbeitskräften und neuen Absatzmärkten giert. Aber nicht nur diese Wahrheit gilt: Durch die wachsende Stärke Chinas und die erfolgreiche Konsolidierung des Staates und der Wirtschaft Russlands fühlen sich die Eliten der USA und einiger Mächtegegnern - Weltherrscher in Bedrängnis gebracht. US-Präsident Biden erklärte kürzlich unter Anerkennung des Verlustes der globalen Vormachtstellung seines Landes, dass er alles dafür tun wird, diese wieder herzustellen! Daher geriet die halbe Welt unter verstärkten US-amerikanischen Druck. US-Strategen taten alles, um Europa davon abzuhalten, eine breite Zusammenarbeit mit Russland zum beiderseitigen Nutzen zu entwickeln. Nein, Europa soll als Aufmarschbasis und als Kanonenfutter im Krieg gegen Russland missbraucht werden. All das erklärt auch die umfangreiche Hilfe der USA und der NATO-Staaten für den Kriegskurs des ukrainischen national-faschistischen Regimes. Es wurde hochgerüstet, wurde zur Gefahr für Russland. Kriege nutzen stets nur der Kapitalistenklasse. Für die Klasse der Ausgebeuteten überall bedeuten sie Tod und Leid, noch stärkere Ausbeutung, mehr Sozialabbau, Preistreiberei, mehr Unterdrückung allseits!

Seit dem Putsch des „rechten Sektors“, der Bandera - Nachkommen, SS-Verehrer, ASOW-Militaristen - dem „Regime change“ nach NATO-Muster 2014 aus den Maidan-Protesten heraus – wird in der Ukraine bereits 8 Jahre Bürgerkrieg gegen den antifaschistischen Widerstand, seitens des Westen „Separatisten“ genannt, mit tausenden Opfern als Folge geführt.

Wir Thälmannfreunde verabscheuen Krieg und Ausbeutung

Wir fordern das sofortige Ende des Krieges und sofortige Verhandlungen durch alle beteiligten Parteien! Das Völkerrecht enthält kein Recht auf Krieg!

Wir fordern den Rückzug aller NATO-Truppen aus den osteuropäischen Staaten und die Gewährung der berechtigten Sicherheitsgarantien für Russland! Frieden ist ohne Russland nicht möglich!

Wir fordern die Entmilitarisierung, Demokratisierung und Entnazifizierung der Ukraine!

Ganz im Sinne Ernst Thälmanns und der Überlebenden des antifaschistischen Widerstandes gegen den deutschen Faschismus erheben wir unsere Forderung:

Nie wieder Faschismus – Nie wieder Krieg!

Im Folgenden geben wir euch die Erklärung der DKP zur Kenntnis, die präzise weitere Aspekte der entstandenen politisch – militärischen Lage, auch aus historischer Sicht, beschreibt.

Pressemitteilung der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP)

Erklärung des Sekretariats des Parteivorstands der DKP vom 25.2.2022

Verhandeln jetzt, den Krieg stoppen!

Am frühen Morgen des 24. Februar hat der Präsident der Russischen Föderation, Wladimir Putin, den Beginn einer „militärischen Spezialoperation der Streitkräfte der RF zur Unterstützung des Donbass und zur Entmilitarisierung der Ukraine“ angekündigt. Am Abend zuvor hatten die am 21. Februar von Russland anerkannten Republiken des Donbass, die Donezker und die Lugansker Volksrepublik, im Rahmen der bestehenden Freundschaftsverträge angesichts der stärker werdenden Angriffe und Terroranschläge der ukrainischen Armee vor allem auf die Zivilbevölkerung und Infrastruktur um militärische Unterstützung gebeten.

Ab dem frühen Morgen wurden, auch mit Bodentruppen, militärische Einrichtungen der Ukraine angegriffen, während gleichzeitig die Armeen der Volksrepubliken des Donbass gegen die ukrainische Präsenz auf ihrem Staatsgebiet vorgehen.

Die Entwicklung der letzten Tage ist Teil einer Eskalation, die seit Jahren vom Westen und der NATO vorangetrieben wurde. Sie birgt die Gefahr eines Flächenbrands. Diese Eskalation muss beendet werden.

Krieg bringt Elend, Blutvergießen und Tod über die Menschen. Im Donbass leiden die Menschen seit 8 Jahren unter so einem Krieg, unter dem Beschuss von Schulen, Kindergärten, Bushaltestellen, leihen infolge der Zerstörung der Infrastruktur.

Die jetzige Situation erfordert sofortige Verhandlungen zwischen den beteiligten Parteien, also der Russischen Föderation, der Ukraine und der Lugansker und der Donezker Volksrepublik sowie den sofortigen Rückzug der ukrainischen Armee aus dem Donbass.

Die Krieg in der Ukraine und im Donbass muss beendet werden.

Putin - Bashing und inhaltsleeres „Solidarität mit der Ukraine“ greift dabei zu kurz. Schlimmer noch: Es liefert die Vorlage für weitere Militarisierung. CDU Chef Merz fordert die sofortige Aufrüstung der Bundeswehr.

Wir müssen erkennen, dass diese Eskalation ihre Ursachen hat.

Mit den NATO-Bomben auf Belgrad in den 1990er Jahren wurden zugleich die Prinzipien des Völkerrechts angegriffen. Sie wurden ersetzt durch das imperiale Faustrecht der USA und der NATO. Die Blutspur zieht sich bis heute: Der mittleren Osten, Syrien, Irak. Libyen und Afghanistan seien als Stichworte genannt.

Die derzeitige Entwicklung hat acht wesentliche Ursachen:

Erstens, den Versuch, im Rahmen der wortbrüchigen und aggressiven NATO-Osterweiterung auch die Ukraine in die EU und die NATO zu integrieren.

Zweitens, den nationalistischen Putsch in der Ukraine im Jahr 2014. Dieser fand statt unter Einbeziehung faschistischer Kräfte und mit Duldung der NATO, der EU und Deutschlands, als der Kurs der Integration der Ukraine in die EU und die NATO zu scheitern drohte.

Drittens, den (Bürger-)krieg, den die Regierung der Ukraine seit acht Jahren gegen die Menschen im Donbass führt, die sich von NATO-Integration und nationalistischem Putsch losgesagt haben.

Viertens, den Boykott der Minsker Vereinbarungen durch die Ukraine seit nunmehr sieben Jahren. Diese sahen direkte Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien – der Ukraine und den Volksrepubliken des Donbass – vor. Die Ukraine von Anfang an diese direkten Verhandlungen offen verweigert.

Fünftens, die Unterstützung dieses Boykotts von Minsk-2 durch die Garantmächte Deutschland und Frankreich, die NATO und die USA.

Sechstens, den Umgang mit den Vorschlägen, die die Regierung der Russischen Föderation vor einigen Wochen vorlegte, um in Richtung einer Friedensordnung zu gehen, die auch Sicherheitsgarantien für Russland umfasst. Diese wurden vom sogenannten Westen vom Tisch gewischt.

Siebtens, die seit Jahrzehnten von der NATO, der EU und den führenden Imperialisten betriebene Untergrabung und Zerstörung des Völkerrechts. Wir verweisen nur auf die Beispiele Jugoslawien, Libyen, Syrien und Afghanistan.

Achtens, die vom ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenski bei der Münchner Sicherheitskonferenz angekündigte mögliche Aufhebung des Budapester Memorandums, das die Atomwaffenfreiheit der Ukraine festlegt.

Wir fordern sofortige Verhandlungen zwischen der Ukraine, den Volksrepubliken des Donbass und der Russischen Föderation als Bedingung für das Ende der kriegesischen Handlungen.

Von der Bundesregierung fordern wir:

Abzug der Bundeswehr aus allen Ländern östlich der Bundesrepublik.

Stopp der Sanktionspolitik gegenüber Russland und den Volksrepubliken.

Schluss mit der Unterstützung der aggressiven NATO-Politik – Deutschland raus aus der NATO.

Keine politische, finanzielle und militärische Unterstützung des nationalistischen ukrainischen Regimes.

Keine Aufrüstung der Bundeswehr, Geld für Soziales, Bildung, Gesundheit.

Wir fordern alle Genossinnen und Genossen sowie Freundinnen und Freunde der DKP auf, sich an Aktionen der Friedensbewegung zu beteiligen und deutlich zu machen, dass die Ursachen der jetzigen Eskalation in der aggressiven Politik der NATO zu suchen sind.

Ergänzend aus der Erklärung der DKP vom 4. März 2022:

Jeder Krieg ist eine Niederlage. Der Krieg in der Ukraine ist vor allem eine Niederlage der Friedenskräfte in den NATO-Ländern. Damit ist dieser Krieg auch unsere Niederlage. Es ist uns nicht gelungen, den Druck zu entwickeln, der das nationalistische Regime der Ukraine gezwungen hätte, den achtjährigen Krieg gegen den Donbass zu beenden, der bereits mehr als 15.000 Todesopfer gefordert hat. Es ist uns nicht gelungen, die seit 1999 laufende Osterweiterung der NATO zu stoppen. Es ist uns nicht gelungen, den Druck auf unsere Regierung zu entwickeln, dass in Europa ein System kollektiver Sicherheit etabliert wird, das die Sicherheitsinteressen aller Länder berücksichtigt.

Dieser Krieg hat bereits tausende Opfer gekostet. Soldaten, Zivilisten wurden und werden getötet. Die Zerstörungen sind immens, Hunderttausende auf der Flucht. Unser Mitgefühl gilt allen Opfern und ihren Angehörigen. Dieser Krieg muss beendet werden. Das geht nur über Verhandlungen, nicht mit Russen-Hass, Kriegspropaganda und Aufrüstung.

Die Bundesregierung macht Letzteres. In nur wenigen Tagen lag ein Hochrüstungspaket auf dem Tisch, von dem fraglich ist, ob es nicht bereits vor diesem Krieg entwickelt worden war. (...) Wir sagen: Aufrüstung fördert den Krieg. Wir sagen: Aufrüstung nützt nur der Rüstungsindustrie. Sofort hat zum Beispiel die Firma Rheinmetall der Bundesregierung ein Aufrüstungspaket von 46 Milliarden Euro angeboten. Rein rechnerisch belastet diese Aufrüstung jeden Haushalt in der Bundesrepublik mit mindestens 3.000 Euro. Es kommt ein sozialer Kahlschlag auf uns zu, den dieses Land ebenfalls noch nie gesehen hat. Dagegen müssen wir uns wehren, dagegen braucht es den Widerstand der Arbeiter, Angestellten und Werktätigen, denn sie sollen das bezahlen.

Die Situation wurde über Jahrzehnte durch die NATO – Osterweiterung und die Einkreisung Russlands heraufbeschworen. Die Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine müssen so schnell wie möglich zu einem Waffenstillstand führen. Der Waffenstillstand muss genutzt werden, um Verhandlungen über ein System der kollektiven Sicherheit zu erreichen, das mindestens die Ukraine, die Volksrepubliken im Donbass und Russland umfasst. (...)

Zitiert nach jW vom 5. März 2022

Ergänzung: Wenn ich ein Russe wär`

Wenn ich ein Russe wär`,
und nun als Soldat in der Ukraine kämpfen müsste,
würde ich auf NATO-Nester zielen,
auf Bandera-Faschisten,
die meinen ukrainischen Brüdern befehlen,
mich und meine Heimat zu töten.

Wenn ich ein Russe wär`,
rief ich meinen ukrainischen Brüdern zu:
Nutzt nicht die Waffen,
die Euch NATO-Krieger geschenkt,
damit Ihr sie auf mich und Russland lenkt,
werft sie weg oder dreht sie um!

Doch ich bin ein Deutscher,
enttäuscht und empört,
wie Auch-Deutsche wieder der Hetze folgen
gegen Russland und seine Sicherheit,
politisch taub und blind,
Wie schon 1914 und 1942.

M. Wild 01.03.2022

Die ersten Verse wurden in DER ROTE AUFBAU
Nr. 137 veröffentlicht: Wenn ich ein Russe wär`
Fassung vom 10.02.2022